

Auszug aus **Streifzüge** bei **Context XXI**

(<http://contextxxi.org/die-ware-im-zeitalter-ihrer.html>)

erstellt am: 29. März 2024

Datum dieses Beitrags: Oktober 2002

Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit

Zur Politischen Ökonomie des Informationskapitalismus

■ ERNST LOHOFF

Der Siegeszug des Computers hat den vielen Spaltungen der Weltgesellschaft eine neue Dreiteilung hinzugefügt. Milliarden Menschen, insbesondere in der Dritten Welt, bleiben von den Segnungen des Internetzeitalters völlig ausgeschlossen; für einige hundert Millionen Nutzer ist der Rechner integraler Bestandteil des Alltags geworden. Sie hantieren in Beruf und Freizeit permanent mit diesem Gerät, ohne dass sie deswegen mit mehr vertraut wären als mit der für sie unmittelbar relevanten Anwenderoberfläche. Für eine kleine, bezeichnenderweise so gut wie rein männliche Informationselite schließlich sind die virtuellen Informationswelten zu einer Art Lebenswelt geworden.

Der Autor dieses Beitrags gehört der mittleren Kategorie an. Genauer gesagt, es handelt sich bei ihm um ein Mustertextemplar jener Spezies, die im Jargon der Eingeweihten unter dem wenig schmeichelhaften Kürzel DAU (= Dummster anzunehmender User) firmiert. Soweit ich über die Geschichte der Informationstechnologien im Allgemeinen, der Geschichte der Freien Software im Besonderen und der Struktur von Internetklitschen mehr weiß als andere Zeitung lesende Laien, verdanke ich dies vornehmlich zwei Quellen: dem unerschöpflichen Erfahrungsschatz eines befreundeten, auch mit wertkritischen Fragestellungen vertrauten Informatikveteranen sowie der Lektüre einiger Texte von Stefan Meretz, die weit aufschlussreicher sind als seine

„Meta-Replik“ „Produktivkraftentwicklung und Aufhebung“ aus den „Streifzügen“.

Ein solcher Zugang aus zweiter Hand prädestiniert an sich nicht unbedingt dazu, sich in einer Diskussion über die gesellschaftliche Bedeutung von Freier Software zu positionieren. Dass ich mich hier trotzdem zu Wort melde, liegt am Verlauf, den die einschlägige Debatte in den „Streifzügen“ genommen hat. Sie krankt nicht an Informationsdefiziten über Linux und Co; vielmehr ist der Bezugsrahmen, in den die Kontrahenten dieses Phänomen einordnen und in dem sie über dessen Stellenwert befinden, alles andere als glücklich gewählt.

Falsche Voraussetzungen, falsche Fragen

Das gilt zunächst einmal und vor allem für Stefan Meretz' Beitrag. Erstaunlicherweise spielt in der Argumentation des Linux-Insiders und Oekonux-Vertreters sein ureigener Gegenstand nur eine untergeordnete Rolle, nämlich die eines Zeugen. Stefan Meretz' eigentliches Anliegen ist die Darstellung und Untermauerung seines Keimformkonzepts. Auf die Informationstechnologien und die Freie Software kommt er nur zu sprechen soweit er meint, sie als Belegmaterial für dieses Theorem heranziehen zu können. Diese Herangehensweise führt aber keineswegs schnurstracks zu den hochbrisanten Fra-

gen, die der Übergang zum „Informationszeitalter“ aufwirft, sondern ist eher geeignet, den Blick auf die besonderen Qualitäten der Ware Information zu verstellen.

Weit davon entfernt, dieses Manko zu korrigieren, operieren die Beiträge von Sabine Nuss und Michael Heinrich ebenfalls, nur unausgewiesen, mit einer Vorgabe, die mit dem Problem Freie Software nichts zu tun hat. Als Hintergrundannahme geht in die Argumentation der Meretz-Kontrahenten eine Art buddhistischer Antikapitalismus ein, ein in der Linken mittlerweile nicht gerade seltenes Weltbild. Sie sind davon überzeugt, dass sich der Kapitalismus letztlich immer gleich bleibt, und mit dieser Brille auf der Nase glätten sich ihnen die neuartigen und schreienden Widersprüche weg, die sich für die Warengesellschaft ausgerechnet in ihrem technologischen Avantgarde-Sektor auftun. Christian Fuchs, Sabine Nuss und Michael Heinrich haben soweit recht: Die neuen Informationstechnologien lassen sich nicht per se auf der Habenseite einer künftigen antikapitalistischen Bewegung abbuchen. Auch die Anwendung Freier Software geht direkt oder indirekt in kapitalistische Verwertungsprozesse ein und wird zum Faktor im betriebswirtschaftlichen Kalkül. Der Umkehrschluss, die Informationstechnologien wären letztlich Waren wie jede andere, ist deswegen allerdings noch lange nicht zulässig. Erst recht ungedeckt ist die Annahme, die neuen Erzeugnisse würden Auto und Co als

das die Wertverwertung tragende Basisprodukt ablösen. Genau bei dieser Unterstellung landen die Meretz-Gegner aber, wie sich nicht nur der Schlussproklamation von Nuss/Heinrich entnehmen lässt: „Die neue Gesellschaft“, für die Linux das Entwicklungsmodell abgeben soll, „ist der modernisierte Kapitalismus.“ Die Kritik an den anfechtbaren Spekulationen über die Rolle der „Freie-Software-Bewegung“ in einer künftigen Emanzipationsbewegung ist hier zum „Beweis“ für die Richtigkeit der Basisillusion des IT-Zeitalters geraten.

Die Keimform

Stefan Meretz knüpft an das traditionelle marxistische Konzept von den Produktivkräften als dem eigentlichen geschichtlichen Agens an. Er versucht, diese Vorstellung durch eine Ausdifferenzierung des Produktivkraftbegriffs neu zu begründen. Gegenüber der klassisch technikfetischistischen Produktivkraftemphase hebt er die menschliche Seite hervor. Nicht der als Maschinenwelt Ding gewordene Fortschritt soll in eine bessere Zukunft führen; stattdessen gilt ihm das produktive Zusammenspiel in der Freie-Software-Bewegung als „Keimform“ eines „globalen Übergangs von der warenförmigen, abstrakt entfremdeten zur herrschaftsfreien, personal vermittelten“ Reproduktion. Diese (nicht ganz neue) Schwerpunktverschiebung beseitigt freilich keines der mit der Vorstellung von der revolutionären Rolle der Produktivkräfte verbundenen Probleme. Genau wie der klassische Marxismus verheddert sich Stefan Meretz in der Aporie, Befreiung und den Übergang zu einer bewussten Vergesellschaftung ausgerechnet in seinem Gegenteil, einem bewusstlosen Prozess, der Produktivkraftentwicklung, gründen zu wollen. Indem er den „Primat der Inhaltsseite“ verkündet, degradiert er den bewussten und kollektiv organisierten Bruch mit der waren gesellschaftlichen Form zu etwas eigentlich Sekundärem, bzw. imaginiert ihn als ansatzweise schon vollzogen – auch in dieser Hinsicht lassen Hilferding und Co grüßen. Vor allem aber gerät ihm unter der Hand der emphatische Bezug auf die Produktivkräfte zum hohen Lied auf eine positive soziale Daseinsweise, in seinem Fall die

einer bestimmten Informationsarbeiter-szene. Um es böse überzupointieren: Der Marxismus hat die Arbeiterklasse als das Fleisch gewordene Gegenprinzip zum Kapital gefeiert. Bei Stefan Meretz kehrt diese Vorstellung in einer elitären Schrumpfverson wieder. Weniger polemisch formuliert: In Stefan Meretz' „Meta-Replik“ vermischt sich die Überlegung, woran der Ausbruch aus der Warenform in einem spezifischen gesellschaftlichen Bereich praktisch anknüpfen kann, mit einem affirmativen Bezug auf die eigenen Produktions- und Lebensgewohnheiten.

Als Kronzeugen seines Konzepts führt Stefan Meretz Robert Kurz an. Seinen Schlüsselbegriff, den der Keimform, hat Meretz denn auch aus dessen Aufsatz „Antiökonomie und Antipolitik“ aus der „Krisis“ 19 übernommen. Dieser Rekurs geht freilich nicht ohne gewisse Bedeutungsverschiebungen gegenüber dem Original vorstatten. Soweit den Überlegungen über eine Aneignungsbewegung aus der „Krisis“ 18 und 19 noch traditionalistische Schlacken anhaften, lassen sie sich ganz gut am Keimformbegriff festmachen. Schon in der Kurzschen Fassung ist er von Doppeldeutigkeiten nicht ganz frei. Stefan Meretz' Reinterpretation aber löst diese Spannung konsequent zur fragwürdigen Seite hin auf.

„Antiökonomie und Antipolitik“ insistiert zu recht darauf, dass die Überwindung der Warengesellschaft nur als Kampf auf der Ebene der realen sozioökonomischen Reproduktionsform gedacht werden kann. Der Warenfetisch lässt sich nicht mit einem einzigen großen historischen Schlag überwinden. Ein Umwälzungsprozess impliziert zwangsläufig eine längere geschichtliche Phase, in der neben den bereits von einer sozioökonomischen Aneignungsbewegung übernommenen Reproduktionssektoren der Warenlogik unterworfenen Bereiche fortbestehen. Der traditionelle Marxismus hat eigentlich nie einen Gedanken auf dieses unvermeidliche Gegen- und Ineinander verschwendet. Fixiert auf die politische Form und die Idee der Eroberung der Staatsgewalt zog er sich stattdessen auf einen „Alles-oder-nichts-Standpunkt“ zurück, der nichts zwischen der „totalen Unmittelbarkeit der Umwälzung“ und der „totalen Unmittelbarkeit der

herrschenden Wertform“ [1] kennt. Anders als bei der angepeilten künftigen sozialistischen Revolution hat der Marxismus im Rückblick auf die bürgerliche Revolution, so Kurz, sehr wohl die Dimension der sozioökonomischen Reproduktion zum Thema gemacht. „Der historische Materialismus hat analytisch bewiesen und anerkannt, dass die bürgerlich-waren förmige kapitalistische Vergesellschaftung als Keimform im Schoße der feudalen Gesellschaft entstanden ist.“ [2] Diesen Grundgedanken möchte Kurz auf den Ausbruch aus der Warengesellschaft übertragen wissen und daher der Rückgriff auf die Marxsche Formel von der Keimform.

Am Ausgangspunkt der Kurzschen Argumentation, der Notwendigkeit, mit dem Abschied von Vorstellungen des Staates als Demiurgen die Frage nach der Umwälzung der Verhältnisse als Frage der Aneignung der sozioökonomischen Reproduktion zu reformulieren, ist festzuhalten. Der Analogieschluss freilich, den Kurz zur Sicht des historischen Materialismus auf die bürgerliche Revolution zieht und der seinen Niederschlag in der Übernahme des Keimformbegriffs findet, will nicht so recht einleuchten. Zunächst einmal erkennt er dem verflossenen Marxismus ein bisschen viel Ehre zu. Das marxistische Diktum von der Keimform, die schließlich die bürgerliche Hülle gesprengt habe, bezieht sich für gewöhnlich überhaupt nicht auf die tatsächliche frühmoderne Konstitutionsgeschichte der Warengesellschaft. In seiner soziologistischen Verkürzung ließ der Marxismus vielmehr unter der Bezeichnung Feudalismus den Absolutismus figurieren, eine Ordnung, die realiter selber schon auf dem Boden von Geld- und Warenbeziehungen stand, bzw. deren Grundlagen aktiv geschaffen hat. Bei der Umwälzung, die der Marxismus im Auge hatte, handelt es sich näher betrachtet gar nicht um den Übergang von einer präwaren förmigen Fetischform zum Warenfetisch, sondern um eine bereits der Binnengeschichte der Warengesellschaft angehörende Metamorphose.

Betrachtet man statt der unmittelbaren Vorgeschichte der „bürgerlichen Revolutionen“ die tatsächliche frühmoderne Entwicklung, dann beschreibt die Keimform-Metapher aber genauso wenig den

realen Zusammenhang. Kurz hat selber in späteren Texten überzeugend herausgearbeitet, dass die Geld- und Warenwirtschaft keineswegs die prämodernen Verhältnisse von unten zersetzt hat, wie das Bild einer im Schoße der alten Gesellschaft gewachsenen Keimform nun einmal suggeriert. Vielmehr waren es die frühmodernen Staaten, die von oben die Monetarisierung sozialer Beziehungen aufoktroiert haben. Wer unbedingt Bilder aus dem Pflanzenreich verwenden will, müsste von aufpfropfen sprechen, jedenfalls nicht von einer Keimform, die im Boden der feudalen Gesellschaft herangewachsen wäre, um schlussendlich das Tageslicht zu erblicken. [3]

Die Keimform-Metaphorik passt aber nicht nur in Retrospektive auf die tatsächliche Konstitutionsgeschichte der Warengesellschaft nicht so recht. Vor allem weckt sie in Hinblick auf den Ausbruch aus der Warengesellschaft die falsche Assoziation einer mehr oder minder friedlichen Koexistenz von der Warenlogik unterworfenen und von ihr befreiter Sektoren. Genau das kann es angesichts der Herrschaft eines durch und durch imperialen Prinzips, wie es der Wert nun einmal darstellt, aber gar nicht geben. Nicht dass die Emanationen dieses Prinzips, Markt und Staat, tatsächlich die gesamte soziale Wirklichkeit erfassen könnten; gesellschaftlich relevante Räume der Gegengestaltung ließen sich aber nur in der bewussten Konfrontation, im bewussten partiellen außer Kraft Setzen des Marktdiktats eröffnen. Das könnte nur das Werk einer sozialen Bewegung sein, die den staatlichen Gewalten sowohl Ressourcen als auch die für eine Gegenpraxis unerlässlichen infrastrukturellen und juristischen Rahmenbedingungen abtrotzt. Man kann dem Artikel „Antiökonomie und Antipolitik“ nicht vorwerfen, das nicht klargelegt zu haben – bereits der Titel ist da eindeutig. Wenn Kurz, sein Keimformkonzept konkretisierend, von einer „Aufhebungsbewegung gegen die Wertform“ spricht, wird klar, an welche Sorte von Akteur er denkt. Es geht nicht um Rückzug auf „small is beautiful“ angesichts der herrschenden gesellschaftskritischen Funkstille. Vielmehr wird die Frage aufgeworfen, inwiefern eine soziale Emanzipationsbewegung, so es sie gäbe, sich in ihrer

Grundorientierung unter den heutigen Bedingungen von ihren Vorgängern unterscheiden müsste. Dass Kurz bei der Übernahme bestimmter Reproduktionssektoren durchgängig Worte wie „entreißen“ benutzt, macht den hochgradig konfliktvermittelten Charakter der angepeilten Praxis unmissverständlich. Antipolitik betreiben hieße keineswegs, mit irgendwelchen Brotkrumen, die vom Tisch der Wertverwertung herunterfallen, eine Elends- oder Hobbyökonomie aufzuziehen. Es geht um den Tisch selber sowie um die sukzessive Übernahme und den Umbau der Küche. Die Kombination Antipolitik und Antiökonomie hebt auf die strikt negatorische Stoßrichtung emanzipativer Bestrebungen ab. Beim Aufbau einer gesellschaftlichen Gegenstruktur und Demontage der Megamaschine handelt es sich nicht um Parallelprozesse, sondern um ein und denselben. So etwas wie Gegenstruktur und Ansätze nicht warenförmiger Reproduktion sind dem Angriff auf das Diktat der Wertform nicht vorausgesetzt, sie müssen mit ihm und in ihm entstehen.

Die Keimform-Metapher verwischt diesen Zusammenhang freilich eher, als dass sie ihn auf den Punkt brächte. Damit öffnet sie dem Bedürfnis eine Tür, endlich einmal hier und heute auch ein wenig positiv werden zu dürfen. Genau in diese Richtung scheint denn auch die Argumentation von Stefan Meretz abzudriften. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Ansätze nicht mehr warenförmiger Reproduktion, die er in die Freie-Software-Szene hineininterpretiert, zum Ersatz für die nicht existierende soziale Protestbewegung wird. Dass Menschen in einer Zeit, in der von Widerstand kaum etwas zu sehen ist, im Glauben, sich mit dieser Leerstelle einrichten zu müssen und zu können, nach einem Trostpflasterchen suchen, ist sicherlich verständlich. Taugt eine solche Positiv-Orientierung aber, um theoretisch und praktisch aus der Defensive zu kommen?

Der Widerspruch liegt in den Produktivkräften

Die klassische marxistische Formel vom Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen suggeriert eine im Wesentlichen von der ge-

sellschaftlichen Form unabhängige Entwicklung der Reichtum schaffenden Potenzen. Der reale Zusammenhang sieht freilich anders aus. So gut wie alle technologischen und prozesstechnischen Innovationen, die der Kapitalismus hervorgetrieben hat, sind Ausgeburten warengesellschaftlicher Rationalität. Kaum eine Neuerung, die auch nur den Horizont technischer Realisierung erreicht hätte, der diese Herkunft nicht auch anzusehen ist. Die mikroelektronische Revolution und die Computertechnologie machen davon am allerwenigsten eine Ausnahme.

Die warengesellschaftliche Rationalität ist freilich – und das ist entscheidend – ihr eigener Widerspruch und führt sich selber ad absurdum. Ihr Alpha und Omega findet sie in der Vernutzung lebendiger Arbeit. Es gehört zu ihrer Logik, noch jede soziale Beziehung und allen Stoffwechselprozess mit der Natur in abstrakte Arbeit zu überführen; gleichzeitig unterliegt sie aber dem Drang, die für die Erzeugung des Warenreichtums notwendige Arbeit beständig zu minimieren. Der Siegeszug der Warengesellschaft bringt deren Mitglieder in einen universellen Zusammenhang – und sei es in der Form von Katastrophen –, und doch kann sie nur funktionieren, indem sie die Menschen in ein System ungesellschaftlicher Gesellschaftlichkeit sperrt und voneinander isoliert. In der Technik nehmen diese allgemeinsten inneren Widersprüche der Warengesellschaft konkrete und handgreifliche Gestalt an. Am zugespitztesten treten sie an den Avantgarde-Technologien des neuen Kapitalismus in Erscheinung, also an der Gentechnologie und an der Mikroelektronik.

Will die Kritik der Warengesellschaft nicht auf einer abstrakten Stufe stehen bleiben, kommt sie nicht umhin, die technologischen Umwälzungen ins Auge zu fassen, die sich in den letzten Jahrzehnten mit atemberaubender Geschwindigkeit vollzogen haben. Als Ausgangspunkt taugen dabei aber nicht irgendwelche in den neuen Techniken vermuteten utopischen Potentiale, sondern die mit dem Übergang zum Informationskapitalismus aufreißenden realen Widersprüche und gesellschaftlichen Konflikte. Erst wenn klarer ist, was die mikroelektronische

Revolution und ihre Folgephänomene für das warengesellschaftliche Gefüge bedeuten, lässt sich überhaupt sinnvoll die Frage aufwerfen, welche Möglichkeiten sich damit emanzipativen Bestrebungen eröffnen.

Werts substanz und Informationsrente

Die Warengesellschaft steht und fällt mit der Verwandlung von Wert in mehr Wert. Die Erscheinungsform dieser tautologischen Selbstzweckbewegung ist dem herrschenden Bewusstsein wohl vertraut. Im Kapitalismus, das weiß jedes Kind, müssen Einzelkapitale wachsende Warenberge produzieren und anschließend verkaufen, auf dass sich Geld in mehr Geld verwandelt. Das zu Grunde liegende gesellschaftliche Verhältnis und sein spezifischer *Inhalt*, die mysterienreiche Metamorphose von stofflicher Reichtumsproduktion in die Erzeugung von Wert, bleibt dem Warenverstand freilich ein Buch mit sieben Siegeln. Die Volkswirtschaftslehre (VWL) hält Wert und Werts substanz für sinnlose metaphysische Konstrukte und hat diese Kategorien ersatzlos gestrichen; soweit die Linke mit dem Schlüsselbegriff der Kritik der Politischen Ökonomie, dem Wertbegriff, noch operiert, raubt sie ihm auf anderem Wege jede analytische Relevanz. Sie nimmt den Wert als eine selbstverständliche Gegebenheit und schließt von der Allgegenwart der Warenform auf die Existenz unerschöpflicher Quellen, aus denen beharrlich gesellschaftliche „Werts substanz“ sprudeln würde. Die Verschlingung von stofflicher und wertmäßiger Reproduktion des Kapitals wird mit Deckungsgleichheit verwechselt, und alles, was direkt oder indirekt, bezahlt oder unbezahlt, in die stoffliche Reproduktion von Einzelkapitalien eingeht, bekommt den Titel Teil der gesamtgesellschaftlichen Wertproduktion. Im Zweifelsfall erfreut sich auch die unbezahlte Hausarbeit, ja selbst noch Mutter Natur höchstpersönlich, des seltsamen Adelstitels „wertproduktiv“, Quelle von Werts substanz.

Soweit, dass sie den gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess gleich von der Verausgabung von Muskel, Herz und Hirn ablösen würden, haben sich die Meretz-Kritiker in der wertanalytischen Nacht, die alle Katzen

grau macht, nicht verlaufen. Das für das Verständnis der Politischen Ökonomie der Kommunikations- und Informationstechnologien zentrale Spezifikum des Wertverhältnisses ist freilich auch bei ihnen eskamotiert. Bei der Wertrelation handelt es sich um eine ganz besondere gesellschaftliche Beziehung und zwar die *getrennter Privatproduzenten*. Diese Vergesellschaftungsform kann letztendlich nur funktionieren, solange diese Scheidung auch ein stoffliches Korrelat in der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion findet. Der Siegeszug des Kapitals hat die Wertform verallgemeinert, die Verausgabung abstrakter Arbeit zur allgegenwärtigen gesellschaftlichen Tätigkeitsform gemacht, und auch die mit der zunehmenden Vergesellschaftung entstandenen allgemein-universellen Tätigkeiten erblickten als neue Varianten abstrakter Arbeit das Licht der kapitalistischen Welt. Damit ist der Widerspruch zwischen Wertgestalt und universellem stofflichen Inhalt aber keineswegs gelöscht. Er erscheint vielmehr als Gegensatz von abnehmender wertproduktiver und wachsender im Wertsinne unproduktiver Arbeit wieder. Die Bildung von „Werts substanz“ ist keineswegs mit abstrakter Arbeitsverausgabung schlechthin gegeben, sondern an die Verausgabung von Arbeit gebunden, die sich mittel- oder unmittelbar in Einzelprodukten „verkörpert“. Gesellschaftliche Arbeit dagegen, die überhaupt erst die angesichts des erreichten Vergesellschaftungsniveaus erforderliche Voraussetzung von Warenproduktion sicherstellt, wird – über welche Vermittlungszusammenhänge auch immer – aus dem wertproduktiven Sektor alimentiert. Gleiches gilt für universelle gesellschaftliche Arbeit. In diese zweite Rubrik fallen aber wesentliche Teile der Informations- und Kommunikationswirtschaft.

Grundsätzlich werttheoretisch betrachtet ist es für die gesellschaftliche Gesamtwertschöpfungsbilanz völlig irrelevant, wie der Informations- und Kommunikationsbereich organisiert ist, ob er von Einzelkapitalien nach betriebswirtschaftlichen Kriterien betrieben wird oder etwa dem Staat obliegt. Natürlich schreibt ein Unternehmen wie Microsoft tiefschwarze Zahlen. Davon lässt sich aber keineswegs auf dessen gigantischen Beitrag zur ge-

samt kapitalistischen Wertschöpfung schließen, solange man diesen Begriff im Sinne der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie verwendet und nicht den VWL-Definitionen gemäß. In den Milliarden eines Bill Gates erscheint nicht die von seinen Angestellten verausgabte Programmierarbeit wieder. Das Unternehmen bezieht vielmehr eine *Informationsrente*. Microsoft ist es in einem ganz zentralen Softwarebereich gelungen, den weltgesellschaftlichen Standard einer universellen Technik zu setzen und zum Privatbesitz dieser Firma zu machen. Das versetzt das Unternehmen in die glückliche Lage, bei den Anwendern Tribute einzustreichen, also anderswo geschaffenen Mehrwert auf sich zu ziehen. Natürlich ist die Arbeit der Softwareentwickler für die Gewinnlage von Microsoft keineswegs irrelevant. Bedeutung hat sie aber nicht als Quelle von Wert, sondern weil ihr technisches Resultat mit darüber entscheidet, ob dieses Monopol aufrechterhalten werden kann oder nicht.

Stefan Meretz feiert die Freie Software als „wertlos“. Seine Entwertung des Wertbegriffs ist ebenso eingängig wie seine feine Differenzierung zwischen nutz- und wertlos. Als Trennkriterium zwischen freier und kommerzieller Software verstanden führt dieser richtige Gedanke aber in die Irre. Im Sinne der Kritik der Politischen Ökonomie ist nämlich auch Bezahlsoftware in der Regel wertlos, nur nicht preislos. Soweit Programmierarbeit ganz spezifische, einmalige Betriebsabläufe in Programmcodes übersetzt, mit denen allein ein einzelner Auftraggeber etwas anfangen kann, unterscheidet sie sich aus werttheoretischer Perspektive nicht prinzipiell von der Produktion klassischer Produktionsmittel. In einem solchen Kontext ist sie genauso wertproduktiv wie die Herstellung von Maschinen. Für ein millionenfach anwendbares universelles Programm, das beliebig unter vernachlässigbarer weiterer Arbeitsverausgabung reproduziert werden kann, gilt das aber eben nicht mehr.

New Economy = Old Capitalism

Die Kernaussage der Meretz-Kritiker hat Christian Fuchs auf die Formel „New Economy = Old Capitalism“ ge-

bracht. Diese Behauptung fußt nicht allein darauf, dass er ebenso wie Nuss/Heinrich die grundsätzliche theoretische Problematik von produktiver und unproduktiver Arbeit ignoriert, um einzelkapitalistischen Profit mit gesamtkapitalistischem gleichzusetzen. Es bedarf auch einer selektiven Wahrnehmung der empirischen Wirklichkeit der vielen Kapitale, um sie durchzuhalten. Spätestens beim zweiten Blick auf das Kernargument der Meretz-Kritiker springt das ins Auge. Nuss und Heinrich meinen, Meretz mit einem banalen Faktum, das der Kritisierte auch nie in Abrede gestellt hat, schon desavouiert zu haben: „In der Produktionssphäre kann Freie Software (...) ohne weiteres eingesetzt und zum Bestandteil des kapitalistischen Verwertungsprozesses werden.“ An anderer Stelle: „Freie Software kann als kostenloser Rohstoff angeeignet werden, wie Luft oder Sonne“. So weit so banal. Wenn Selbstverständlichkeiten als Argument dahersoltzieren, werden meist hochgradig fragwürdige Schlussfolgerungen als Teil der Feststellung getarnt. Das ist auch hier der Fall: „Die völlig kostenlose Aneignung fremder Arbeit“, so heißt es weiter, „dient als Mittel für einen ganz normalen kapitalistischen Verwertungsvorgang. (...) Der Überfluss an Freier Software stellt für die Kapitalverwertung überhaupt kein Problem dar.“

Zunächst einmal eignet sich ein Unternehmen, das Freie Software anwendet, damit *keine* fremde Arbeit kostenlos an, sondern ein Produkt. Die terminologische Unschärfe rückt die Freie Software in die Nähe der Wertproduktion in der Arbeitsverwertung im anwendenden Betrieb. Damit hat sie aber rein gar nichts zu tun. Christian Fuchs proklamiert offen, was Nuss/Heinrich nur suggerieren, und interpretiert die Anwendung von Freier Software als „Schritt hin“ zur Verwirklichung des „Wunschtraums eines jeden Kapitalisten“, „konstantes und variables Kapital“ mögen gegen „Null“ konvergieren. [4] Eine solche Aussage dokumentiert vor allem heillose Begriffsverwirrung. Ersetzt ein Betrieb kommerzielle durch Freie Software, wird bei ihm ein Bruchteil des konstanten Kapitals durch ein freies Gut ersetzt, auf den variablen Kapitalteil hat diese Maßnahme gar keinen Einfluss.

Wichtiger ist aber etwas anderes. Natürlich haben die potentiellen kapitalistischen Anwender von Freier Software kein Problem mit einem preislosen Alternativangebot zum kommerziellen. Sie können es nutzen oder das auch lassen. Für die einzelkapitalistisch organisierten Softwareproduzenten stellt sich das freilich anders dar. Deren Profiperspektiven könnten durch die preislose Schmutzkonzurrenz sehr wohl beeinträchtigt werden. Für die Frage nach der Zukunft des neuen Informationskapitalismus sind die Aussichten der Produzenten aber erst einmal entscheidender als die der Anwender. Der Neue Kapitalismus steht schließlich für die Hoffnung, das Gut Information ließe sich in verkäufliche Waren transformieren und das würde Wachstum generieren. Die Produzentenseite einfach unter den Tisch fallen zu lassen, ist für sich genommen schon ein starkes Stück. Angesichts des Crashes der New Economy gewinnt der Standpunkt der Meretz-Kritiker aber schon einen Zug ins Abenteuerlich-Traumtänzerische. Während Nuss/Heinrich und Fuchs ihr Null problemo verkünden, spricht die kapitalistische Wirklichkeit eine ganz andere Sprache.

Virtuelle Güter und Knappheit – ein strukturelles Problem

Das Brötchen, das die eine isst, kann – unabhängig von der gesellschaftlichen Form – niemand anderer mehr verspeisen. Das Reich von Wissen und Information funktioniert nicht nach dieser simplen Logik. Dass die eine über eine bestimmte Kenntnis verfügt, schließt niemand anderen automatisch von dieser Kenntnis aus. Im Gegenteil, Wissen reproduziert und mehrt sich gerade im freien Geben und Nehmen und, je offener es auf der Straße liegt, desto erfolgreicher.

Auch die Warengesellschaft kann den universellen Charakter von Wissen und Information nicht ohne weiteres aushebeln. Selbst ihr gelingt es nicht, sie als solche zum Gegenstand von Kauf und Verkauf zu machen. Als Waren handeln lassen sich immer nur die Rechte zur Nutzung bestimmter Kenntnisse (Patente) und vor allem die Träger von Wissen. Wer ein Buch oder eine Zeitung erwirbt, eignet sich mit diesem Akt

keineswegs die in ihm dargestellten Einsichten und Nachrichten an, – die werden erst in der Lektüre zugänglich – sondern das materielle Medium, das diese transportiert.

Solange Information und Wissen unablösbar im Wesentlichen an die klassischen Printmedien gebunden waren, und damit deren Verbreitung an den Vertrieb großindustriell hergestellter Produkte, mag diese Unterscheidung aus der Verwertungsperspektive nicht viel mehr gewesen sein als eine sophistische Übung. Im Informationszeitalter gewinnt diese begriffliche Differenz indes eine für das Kapital unmittelbar praktische Bedeutung. Nicht nur, dass sich die gleiche Information und das gleiche Wissen heute an unterschiedliche materielle Träger heften kann, und kollektives Wissen, das einst die Form einer ganzen Bibliothek angenommen hätte, heute auf einer CD-Platz hat; vor allem löste sich die Vervielfachung technisch bei den neuen Darstellungsformen vom großindustriellen Hintergrund ab. Wer eine Fotokopie macht, benötigt Papier, wer eine CD brennt, kommt ohne Rohlinge schwer aus – und die entstammen genauso kapitalistischen Verwertungsprozessen wie der Brenner oder Kopierer. Der Aufwand für den entscheidenden Schritt aber, nämlich die Aufprägung von Wissen und Information, ist durch den Prozess der Virtualisierung derart reduziert, dass er genauso gut am heimischen Computer vonsattaten geht wie in der Fabrik. Am extremsten trifft diese Entwicklung natürlich den Inbegriff des immateriellen Gutes selber. Eine Software, die einmal in der Internetwelt ist, lässt sich mit ein paar Mausklicks überall und beliebig oft reproduzieren. Der universelle Charakter der neuen Informationstechnologien und der Informationsarbeit kommt der Selbstzweckbewegung des Werts demnach gleich auf zwei verschiedenen Ebene in die Quere. Auf einer ganz grundsätzlichen gesamtgesellschaftlichen, für das warengesellschaftliche Binnenbewusstsein unsichtbaren Ebene, insofern als die Informationsarbeit als universelle Arbeit nicht zur Bildung von Werts substanz beiträgt. Zum anderen macht ausgerechnet der Avantgardesektor des Neuen Kapitalismus für Teile der gesellschaftlichen Produktion die

Grundbedingung jeder Warenproduktion zum Problem, nämlich die Existenz von Knappheit und deren Produktion. [5] Wie lassen sich Güter verkaufen, wenn (so gut wie) kostenlose Alternativen bereitstehen?

Nuss/Heinrich ist dieses Problem nicht völlig entgangen. „Verwertung braucht Knappheit“, schreiben sie ganz richtig und schlussfolgern, vom Standpunkt der Warengesellschaft handele es sich bei der Freien Software um eine „Anomalie“. Diese Einsicht relativieren Nuss/Heinrich allerdings sofort. Zum einen wird mit der Beschränkung auf die Frage Freier Software die Dimension der ganzen Problematik heruntergespielt. Viel bedrohlicher für die einzelkapitalistische Profitperspektive und die Verkaufsziffern als die Open-Source-Bewegung mit ihren recht verwaschenen gesellschaftskritischen Ansprüchen ist zunächst einmal die allgegenwärtige Raubkopiepraxis und mangelnde Akzeptanz von Bezahlangeboten in Internet, aber auch bei anderen Medien. [6] Selbst Microsoft, das einzige Unternehmen, das unter der Ausbreitung von Linux leidet und hoffentlich noch verstärkt leiden wird, hat im Augenblick weit mehr Probleme mit der Flut von Raubkopien seiner eigenen Programme als mit dem preislosen alternativen Betriebssystem.

Zum anderen gehen Nuss und Heinrich davon aus, dass es sich bei der Anomalie Freie Software um ein aus der „Entstehungszeit des Internet“ stammendes „Überbleibsel“ handelt. Die Knappheit, die heute noch nicht im hinlänglichen Maße vorhanden ist, werden die an Profit und Umsatzziffern Interessierten schon noch herstellen. Die Berechtigung dieser Annahme versteht sich aber weder für den Bereich von selber, in dem Freie Software als legale Alternative zur kommerziellen antritt, noch für den Graubereich halblegaler oder illegaler Nutzung.

Zur Erläuterung ihrer Behauptung – Begründung wäre zuviel gesagt – greifen Nuss/Heinrich zu einer historischen Analogie. Sie sprechen von „virtuellen Enclosures“ und unterstellen perspektivisch für den „Cyberspace“ eine ähnliche Form kapitalistischer Landnahme, wie er einst im Prozess der ursprünglichen Akkumulation im realen geographischen Raum abgelaufen ist.

Dieser Vergleich hat durchaus etwas für sich, freilich nicht, wenn von der Intention der interessierten Kapitalfraktionen auf die Umsetzbarkeit dieser Absichten geschlossen wird. Selbstverständlich setzten die in Mitleidenschaft gezogenen Branchen und Unternehmen alle juristischen und technischen Hebel in Bewegung, um den freien Zugang zu den virtuellen Gütern abzuschneiden, wo immer das heilige Prinzip, dass alles zur Ware werden muss, durch das freie Flottieren preisloser (Freie Software) oder entpreister Güter (Raubkopien) in Gefahr geraten ist. Gemessen an ihren frühkapitalistischen Vorgängern haben sie dabei aber mit folgenschweren Nachteilen zu kämpfen. Grund und Boden waren und sind nicht vermehrbar und zeigen sich für gewöhnlich ausgesprochen immobil. Auf dem einmal für die Wertverwertung freigeräumten Terrain konnten die Vertriebenen nie wieder Fuß fassen, solange der Territorialstaat die einmal geschaffenen Eigentumsverhältnisse garantierte. Im virtuellen Raum kann sich nicht nur jedes Gut prinzipiell beliebig oft vermehren, gleichzeitig unterliegt Cyberland permanenten Umwälzungen. Der Grundcharakter des Informationsswissens, sein vom Standpunkt der Wertverwertung unverantwortlicher Hang zur Verunknappung, droht aber mit jeder technischen Innovation wieder durchzubrechen. Damit Schutzdämme wirklich helfen, müssen sie so flächendeckend wie irgend möglich errichtet und gehalten werden. Ein einziges Loch im Sicherheitssystem kann reichen, und schon entweicht das Lebenselixier der Warengesellschaft, die Knappheit. Zu allem Überfluss ist der Angriff im virtuellen Raum offenbar viel leichter als die Verteidigung. Bisher zumindest haben Cracker und Kopiertechnik den Wettlauf mit dem Kopierschutz noch jedes Mal gewonnen. Der historische Vergleich mit den Enclosures ist nicht verkehrt, den realen Zusammenhang beschreibt er aber wohl nur in Kombination mit einer anderen historischen Analogie, die sich ebenfalls auf die frühe Neuzeit bezieht. Im virtuellen Raum bahnt sich eine Wiederholung des Hase-und-Igel-Wettlaufs an, den sich Artillerie und Festungsbauer bei der Herausbildung des Territorialstaats geliefert haben und der letztlich immer mit der Niederlage

des Befestigungswesens endete. Nur diesmal läuft der Zyklus viel schneller. Was Nuss/Heinrich als historisches Relikt abtun, ist ein unaufhebbares, sich beharrlich reproduzierendes Strukturproblem des Informationskapitalismus.

Music is in the virtual Air

Während des großen Internetbooms der 90er-Jahre herrschte über weite Strecken noch so etwas wie eine relativ friedliche Koexistenz von entpreisten und mit Preis versehenen virtuellen Gütern. Die vergleichsweise hohe Duldsamkeit gegenüber dem Phänomen Raubkopien lässt sich aus den Grundmerkmalen der Take-off-Phase der New Economy erklären. Auch die Cyberspace-Firmen, die nicht auf purem Schwindel begründet waren, lebten bekanntlich keineswegs von aktuell erzielbaren Gewinnen, sondern von der Erwartung auf mögliche künftige. Soweit die Unternehmen außer dem Surfen auf der Welle fiktiver Kapitalschöpfung noch einen anderen Inhalt hatten, waren die Strategien vornehmlich darauf ausgerichtet, sich Schlüsselposition auf potentiellen Märkten zu sichern. Insbesondere im Softwarebereich lag das Ziel der Ziele darin, als Einzelunternehmen für einen bestimmten Sektor den allgemeinen Standard zu setzen, auf den sich im Idealfall schon aus Gründen der Kompatibilität früher oder später alle User orientieren müssen. Um das zu erreichen, war vor allem eine rasante Verbreitung von Programmen notwendig, und solange die unmittelbare Rentabilität sekundär blieb, konnten diesen Part durchaus auch Raubkopien mit übernehmen. Hätte Microsoft bei der Einführung von Windows von vornherein versucht, eine scharfe Grenze zwischen dem legalen Ziehen von Sicherheitskopien und nicht-autorisierten Nutzung zu ziehen, so hätte das Unternehmen damit nur die Durchsetzung seines Betriebssystems gebremst.

Der erste große Aufschrei gegen die mit dem Vormarsch von Mikroelektronik und Internet möglich gemachte Entpreisung virtueller Güter kam nicht aus einer New-Economy-Branche. Zeter und Mordio schrien erst einmal die Anbieter traditioneller universeller Güter, weil ihr technisch-juristisches Monopol für deren Übertragung auf mediale Träger in Frage gestellt ist. Insbesondere die

Music-Branche beklagte schon Ende der 90er-Jahre über deutlich rückläufige Umsätze und machte dafür – kaum zu Unrecht – die weite Verbreitung von Brennern und Internet-Tauschbörsen verantwortlich. [7] Die deutsche Hip-Hop-Größe Curse hat dem Thema ein gern kopiertes Stück gewidmet, in dem er sein wertiges Publikum zu mehr Achtung gegenüber der Warenform erziehen möchte:

Ah ja und normal geb ich einen Scheiß drauf, doch jetzt mach das Maul auf und schieß mich aus. Ich bin immer nice und gut drauf, doch bei Reizung lass ich den Tyson raus. Album 2 ist raus, Ihr seid heiß drauf und habt's gekauft, hunderttausend sind raus, der Rest ist auf Napster drauf, um die Tracks zu klauen, Ihr Wichser. Beraubt mich der Pate für Frauen und Kinder. Versteht, ich leb von dem Ding, doch das peilt Ihr eh nicht, ihr Spinner. Doch wer weiß, vielleicht gibt's ja doch wen, der's begreift. Rap ist Musik und Musik ist Kunst und Kunst hat einen Preis. Ein Plattendeal ist einfach gesagt ein Arbeitsvertrag, ohne festen Lohn, denn ich werd für getane Arbeit bezahlt, d. h. , wenn sich mein Album verkauft, dann krieg ich Prozente. Wenn Ihr das per Download im Netz holt, krieg ich niente. Doch weg von mir, denn ehrlich, ich werde schon nicht dran krepieren (...). Lasst uns das Platten-Business studieren. Seid Ihr mit mir? Mein Label rechnet Erfolg nach Zahlen, nicht wie viele für mich feiern, sondern wie viele fürs Album zahlen, wie viele von euch tatsächlich im Laden waren, um's zu kaufen bestimmt auf welcher Chart-Position sich die Tracks belaufen. Und das bestimmt dann wieder, wie oft unsere Videos laufen, weil MTV und VIVA nur zeigen, was Quoten raufbringt, deswegen läuft im Fernsehen oft Schrott, ohne den Ihr auch könnt. Doch gar nichts wird sich ändern, wenn Ihr's den Sendern nicht aufzwingt. Kauft was Ihr liebt! [8]

Viel haben Belehrungen eines Curse nicht gefruchtet. Bei einer kleinen privaten Umfrage, die ich in den letzten Wochen unter 17-20jährigen – die meisten übrigens Fans von Curse – machte, kam heraus, dass die CD-Bestände der Befragten zu 95 Prozent in die Rubrik „nicht-autorisiert“ fallen. Nur 5 Prozent gingen demnach über einen Ladentisch! Dieses Ergebnis ist sicherlich nicht

repräsentativ. Die Hip-Hop-Szene hat, was die Entkoppelung von Konsum und Kaufverhalten bei solchen Produkten angeht, sicher eine Vorreiterfunktion. Unter Klassikhörern dürften solche Quoten schwerlich zu finden sein. Ein Schlaglicht wirft ein solcher Befund aber trotzdem.

Das juristische Vorgehen der Musikbranche gegen die einschlägigen Internet-Tauschbörsen wird diese Entwicklung nicht so ohne weiteres rückgängig machen. Als Gerichte Napster zur Schließung seines Internetportals verurteilten, nahm sofort Audiogalaxy den vakanten Platz ein, und nachdem Audiogalaxy im Sommer 2002 dichtmachen musste, stand sofort WinMx auf dem Plan. Die Piratenanbieter wachsen genauso schnell nach wie die Justiz sie ausschaltet, und sie finden sofort wieder ihr Publikum. Selbst wenn der Internetkanal verstopft würde, bliebe noch immer der Brenner und die unbegrenzte Vervielfältigung regulär erworbener CDs. Einen absoluten Kopierschutz gibt es nicht. Techniken, ihn zu unterlaufen, finden sich stets. Es stellt sich immer nur die Frage, mit welchem Aufwand Cracks verbunden sind und wie schnell sie sich dann verbreiten können und massenwirksam werden. Außerdem müsste der Übergang zu kopiergeschützten CDs flächendeckend erfolgen, und ob das geht, solange die Haushalte CD-Player haben, die nicht zum Abspielen kopiergeschützter CDs taugen, ist sehr die Frage. Solange geschützte und ungeschützte miteinander konkurrieren, versteht sich von selbst, dass sich letztere im Wettbewerb durchsetzen – nicht nur weil der Kopierschutz die Produktionskosten erhöht. Eine Rekommerzialisierung der Piratangebote – die geplante Übernahme von Napster durch Bertelsmann deutet in diese Richtung – ist nicht auszuschließen. Aber zum einen setzt das die Verwirklichung des sogenannten „digital rights managements“ voraus. Es müsste eine Technik entwickelt werden, die den universellen Charakter des Mediums aushebelt und dafür Sorge trägt, dass ein heruntergeladenes Programm nur auf der heruntergeladenen Hardware läuft und auf keiner anderen. [9] Zum anderen könnte ein durchkommerzialisierter Nachfolger von Napster nur funktionieren, wenn er die Kostendifferenz zwischen au-

torisierten und nicht-autorisierten CDs radikal verringert und damit die Gewinnmargen der Musikindustrie eindampft. Bertelsmann-Napster, das Gemma-Gebühren entrichtet und für vielleicht 1,50 € pro bespielte CD die Musik dieser Welt zum Herunterladen anbietet, könnte wohl reüssieren und dem Raubkopieren viel von seiner Attraktivität nehmen. Was das aber für den traditionellen Musikvertrieb bedeuten würde, lässt sich an einer Hand abzählen.

Fiktives Kapital und virtuelle Welt

Mit dem New-Economy-Crash verlagert sich das zentrale Konfliktfeld. Welchen Verlauf der Streit um die Rechte an Musik und deren technische und juristische Sicherung in Zukunft auch nehmen mag, er sinkt allemal zum Nebenkriegsschauplatz herab. Wichtiger als die Abwehrbemühungen der Old-Economy-Unternehmen gegen die Gefährdung von Knappheit durch das Internet wird der Versuch, die Inhalte des World Wide Web unmittelbar zur Ware zu machen.

Der Kasinokapitalismus der 90er-Jahre stand für die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung, die sich gründlich vom Prozess der produktiven Vernutzung von Arbeit und damit von der Realakkumulation abgelöst hat. Diese Ablösung konnte sich freilich nicht im völlig luftleeren Raum vollziehen. Auch bei der Kapitalisierung von Zukunftserwartungen – und genau das macht das Wesen fiktiver Kapitalschöpfung aus – müssen sich diese Hoffnungen auf irgendetwas beziehen können. Der Übergang zur Herrschaft des fiktiven Kapitals fand in der sprunghaft wachsenden Bedeutung virtueller Güter sein Pendant. Ohne die Unterstellung, die Erschließung des virtuellen Raums würde sich früher oder später in gigantische Absatzmöglichkeiten für diverse Informations- und Kommunikationswaren übersetzen, hätte es schwerlich so etwas wie einen Kasinokapitalismus gegeben. Solange diese Annahme als selbstverständliche Gewissheit galt und die Goldgräberstimmung trug, erfreuten sich die New-Economy-Firmen, was ihre reale aktuelle Tätigkeit angeht, betriebswirtschaftlicher Narrenfreiheit. Um zu reüssieren und renditegeile

Anleger zu gewinnen, hatten sie es nicht nötig, die vermeintlichen langfristigen Gewinnperspektiven in irgendeiner Weise zu verifizieren.

Mittlerweile gehören die guten Zeiten, in denen Unternehmensgründer nur den Begriff Internet in Firmennamen führen mussten, um reich zu werden, aber der Vergangenheit an. Die einschlägigen Angebote im virtuellen Raum müssen mindestens mittelfristig selber Geld einspielen und sich als verkäufliche Waren oder bezahlte Dienste bewähren. Damit wächst aber natürlich nicht nur der Selektionsdruck, auch die Internetangebote verändern sich. Die Krise beschleunigt den Kommerzialisierungsprozess, und damit treten die strukturellen Probleme in aller Deutlichkeit hervor, die mit dem Versuch, universelle Güter in Geld zu verwandeln, verbunden sind.

Die Bereitschaft des werten Publikums, für Online-Dienste direkt in die Tasche zu greifen, ist weit geringer entwickelt als erwartet. Die wenigsten der in den 90er-Jahren mit kostenlosen Serviceangeboten „Angefixten“ sind deswegen gleich zu Online-Junkies mutiert und bereit, nun für jeden Blick auf Websites Geld auszugeben. Das Kirch-Drama wiederholt sich dementsprechend im Kleinformat hundert- und tausendfach. Geld fließt in erster Linie dort, wo Internetunternehmen sich im Wettbewerb mit klassischen, nicht-virtuellen Diensten als die kostengünstigere, schnellere und einfachere Variante erweisen, und diesen Marktanteile abnehmen. [10] Ansonsten dürften vornehmlich Firmen überleben, die ihren eigentlichen Dienst für den Nutzer kostenlos leisten und sich über Huckepackgeschäfte finanzieren können. Auf diese Weise arbeitet beispielsweise Google mit seiner allseits beliebten und auch hoch-profitablen Suchmaschine. Geld verdienen die Betreiber ausschließlich mit (diskreter) Werbung. Sooft ein Benutzer ein Inserat auf den Google-Seiten anklickt, machen sie Kasse. Aber auch diese Gewinne gehen offensichtlich zu Kosten etablierter Werbemedien. Natürlich löst sich das Internet nach dem Crash nicht in Luft auf; der Traum, eine erfolgreiche virtuelle Ökonomie würde die Wachstumsschwäche in traditionellen Sektoren kompensieren oder gar überkompensieren,

aber sehr wohl.

Die Schöne Neue Microsoft-Welt

In der derzeitigen Konsolidierungsphase werden die beiden Grundfragen, „Taugt Information überhaupt als Ware“ und „Wie lässt sich bei universellen Gütern Knappheit herstellen“, auf vielen Ebenen brisant. Noch mehr Brisanz als im Überlebenskampf der vielen Internet-Anbieter liegt im Fortgang der größten Erfolgsgeschichte des Internet-Zeitalters, der Bill-Gates-Saga. Nachdem Windows sich im planetaren Maßstab durchgesetzt hat – 90 Prozent aller Endbenutzer arbeiten mit diesem Betriebssystem – wird jetzt deutlich, was es heißt, wenn sich der universellste Standard der virtuellen Welt an den Profitbedürfnissen eines einzigen Informationsrentenbeziehers auszurichten hat. Dass Microsoft die virtuelle Welt beständig mit fragwürdigen, oft unausgereiften technischen Neuerungen traktiert, um Umsatz zu generieren und dabei die Käufer als unfreiwillige Beta-Tester missbraucht, dürften viele aus eigener Erfahrung wissen. Leistet sich globale Vergesellschaftung die Verrücktheit, die Entwicklung eines für alle verbindlichen, die Abläufe an Abermillionen Arbeitsplätzen mitstrukturierenden technischen Standards der betriebswirtschaftlichen Rationalität eines Monopolunternehmens zu unterwerfen, sind solche Dysfunktionalitäten unvermeidliche Begleiterscheinung. Eine ganz neue Qualität gewinnt der Grundwiderspruch indes mit dem technisch-juristischen Zangenangriff, den Microsoft gerade startet, um der nicht-autorisierten Nutzung und damit der Entknappung von Windows einen Riegel vorzuschieben. Unter unseren Augen entsteht eine Relation zwischen Käufer und Verkäufer, die alles über den Haufen wirft, was bisher für diese Kernbeziehung der Warengesellschaft kennzeichnend war.

Wer hat sich noch nicht über die Ideologie von „König Kunde“ lustig gemacht? Der Spott ist insofern berechtigt, als die VWL-Grundannahme, beim Käufer handle es sich um ein rationales und allwissendes Wesen, das die verschiedenen Vor- und Nachteile der konkurrierenden Angebote auf dem Markt überblicken und sich dementsprechend souverän

durch den Warenkosmos bewegen könnte, der Wirklichkeit schon immer Hohn sprach. Mit der Entwicklung der Warengesellschaft entwickelten sich zum Kauf bereitstehenden Waren zusehends den Beurteilungskompetenzen des Käufers und den Wartungsfähigkeiten des Konsumenten.

In einer Hinsicht freilich erfreute sich bis zum Jahre 2002 der Käufer tatsächlich unangefochten des Status des Souveräns über die erstandene Ware. Es stand ihm frei, nach eigenem Gusto, ohne jede Rücksichtnahme auf den Verkäufer und dessen Interessen, dem Erworbenen jeden Gebrauchswert abzugewinnen, der ihm abzugewinnen war. Wer einen Stuhl kauft, darf ihn nicht nur als Sitzgelegenheit verwenden, sondern auch als Kleiderablage oder als Heizmaterial, ohne dass der Verkäufer mitzusprechen hätte. Ein Käufer handelt sich zwar möglicherweise massiven Ärger ein, wenn er frisch erstandenes Rattengift statt zur Nagetier-Dezimierung zur Dezimierung seiner Anverwandtschaft einsetzt, dieser Ärger geht aber allemal von der zuständigen Staatsanwaltschaft aus, jedenfalls nicht vom Verkäufer. Derlei Umwidmungen ziehen, so sie ruchbar werden, strafrechtliche Konsequenzen nach sich, keine zivilrechtlichen. Von möglichen Garantieleistungspflichten des Verkäufers abgesehen endet die Beziehung zwischen den Tauschpartnern, sobald der Käufer den Laden verlassen hat.

Pro forma haben die Softwarevertreiber stets den Anspruch erhoben, dass für sie diese dem Warensjekt selbstverständlich anmutende Konstellation außer Kraft zu setzen ist. Zur Wahrung ihres Rechts auf Verknappung haben sie sich das Recht herausgenommen, dem Käufer eine der bei diesem Gut nächst liegende Form der Nutzung einfach zu verbieten, nämlich die beliebige Kopie seines Inhaltes. [11] Solange der Käufer für den Verkäufer ganz anonym bleibt oder sich zumindest die Verwendung des Erworbenen dem Blick des Verkäufers entzieht — in der Warengesellschaft die Norm —, steht dieser Anspruch freilich nur auf dem Papier. Der bisherige Vertriebsmodus und die übliche Schlüsseltechnik boten keine wirksame Handhabe zur Kontrolle. Wie andere Softwarefirmen auch hat Micro-

soft den für die Programminstallation notwendigen Key zusammen mit den entsprechenden Disketten geliefert. Ob die Software zusammen mit dem Key weitergeben wurde und unregistriert auf anderen Rechnern läuft, konnte der Verkäufer nicht in Erfahrung bringen.

Die Gründung einer ausschließlich mit der Verfolgung von Raubkopien beauftragten Tochterfirma deutet an, wohin die Reise gehen soll. Die Zeit, in der Microsoft bereit war, die Verbreitung von Raubkopien von Windows als Teil der Durchsetzung dieses Betriebssystemstandards zu akzeptieren, ist abgelaufen. Dass Microsoft neuerdings in einigen Pilotregionen – etwa im Großraum München – seinen gewerblichen Anwendern das Ultimatum setzt, innerhalb der nächsten drei Monate alle im Gebrauch befindlichen Microsoft-Programme nachträglich lizenzieren zu lassen, ansonsten würde die Firma die Justiz mobilisieren, klingt recht unmissverständlich: Das Recht zur Verknappung soll, zumindest für gewerbliche User, tatsächlich durchgesetzt werden.

Das alles bliebe allerdings leere Drohung ohne die Ergänzung des juristischen Angriffs durch einen technischen. Mit der Einführung von Windows XP hat Microsoft 2002 die traditionellen anonymen Schlüssel durch solche ersetzt, die eine Identifizierung des Users, bzw. seines Rechners erlauben. Wer das neue Betriebssystem erwirbt, muss sich nun vor der Inbetriebnahme bei Microsoft einen Freischaltcode abholen, der die besondere Hardwarekonfiguration des ladenden Computers festhält. Diese Maßnahme erschwert nachhaltig das Überspielen der eingekauften Software auf andere Rechner. [12] Damit aber nicht genug: Mit der Licence of Agreement, die der Microsoft-Kunde per Mausklick bei der Programminstallation akzeptiert, räumt er dieser Firma das Recht ein, bei den fälligen Security Updates, die den Schutz vor Hackern und Viren garantieren sollen, per Internet auf den eigenen Rechner zuzugreifen.

Der unmittelbare betriebswirtschaftliche Sinn der Übung erschließt sich unschwer: Microsoft kann künftig jede Hütte in der virtuellen Welt, die Microsoft-Produkte ihr eigen nennt, automatisch nach Raubkopien durchkämmen. Die nicht unbedingt un-

beabsichtigte Nebenwirkung liegt gleichfalls auf der Hand: Vom Aufspüren von Raubkopien zum Durchforsten der Dateninhalte ist nur ein kleiner Schritt. Unter dem Deckmäntelchen des Datenschutzes versetzt sich Microsoft in den Stand, weltweit alle Nutzerdaten einzusehen! Vor allem der Industriespionage sind damit Tür und Tor geöffnet.

Wer König Kunde wissen lässt, er würde künftig als eine grundsätzlich unter Verdacht stehende Person behandelt, muss allergische Reaktionen befürchten. Mit dem Beschluss, sämtliche Besucher ihrer Ladenlokale beim Verlassen einer obligatorischen Leibesvisitation zu unterziehen, würden Kaufhausketten sich und ihren Umsätzen kaum einen Gefallen tun. Microsofts noch viel ungeheuerlicherer Schritt kommt dementsprechend auf leisen Sohlen daher. In den offiziellen Verlautbarungen ist im Zusammenhang mit den Neuerungen immer nur von der Verbesserung der Datensicherheit der Nutzer die Rede, während der eigentliche Zweck beharrlich in Abrede gestellt wird. [13] Erst recht bleibt natürlich das strukturelle Problem außen vor: Die Durchsetzung der privaten Eigentumsrechte an dem universellsten Standard der virtuellen Welt ist nur zu haben, wenn gleichzeitig alle Nutzer dieses Standards in Reih und Glied ohne Hörschen oder sonstige Bekleidung vor dessen Herren antreten. Den allwissenden Gott, den die Warengesellschaft mit viel Mühe aus ihrem ideologischen Himmel vertrieben hat, akzeptiert jeder Microsoft-Kunde für sich und seine virtuelle Welt mit zwei Mausklicks. Der Kampf gegen Raubkopien ist nicht zu gewinnen, ohne in der virtuellen Welt Big Brother Wirklichkeit werden zu lassen, und zwar nicht als staatliche organisierte Übermacht, sondern als privatwirtschaftliches Supra-Unternehmen.

Es ist vielleicht kein Zufall, dass diese Perspektive hierzulande von allen großen Privatnutzern am schnellsten der ins Hintertreffen geratene Anwärtler für die Big-Brother-Rolle begriffen hat. So wenig Deutschlands Innenminister, Otto Schily, bisher als radikaler Kritiker der Warengesellschaft aufgefallen ist, diese Konsequenz der Warenlogik und ihres Amoklaufs scheint ihm und der

Bundesregierung nicht nur klar, sondern auch nicht so ganz geheuer zu sein. Die Aussicht, die Dokumente der deutschen Administration würden in der kalifornischen Firmenzentrale und über Umwege auch in Washington DC mitgelesen, hat das Innenministerium dazu veranlasst, sämtliche Server des Bundestages und der Bundesregierung in diesem Jahr auf die Open Source Software Linux umzustellen. Vielleicht leitet Microsoft mit seinem Kampf gegen Raubkopien das Ende seiner Monopolstellung ein und bereitet den Boden für den Vormarsch von Linux. Auch der Kapitalismus kann nur funktionieren, wenn die Sicherung des allgemeinen gesellschaftlichen Rahmens nicht dem unmittelbaren Toben der betriebswirtschaftlichen Logik unterliegt. In der Vergangenheit war es Aufgabe des Nationalstaates, dem selbstzerstörerischen Treiben Grenzen zu setzen. Übernimmt jetzt erstmals ein ganz anders strukturierter Akteur diese Funktion? Nichts wäre für Gesellschaftskritik dümmere, als die sich überschlagende Entwicklung in diesem Bereich unter Rubrik Kapitalismus bleibt Kapitalismus abzubuchen.

Ausgerechnet in ihrem Avantgarde-Sektor gerät die Warengesellschaft mit ihrer Mission, alle Güter in Waren zu verwandeln, in die Bredouille. Als Notbehelf, um gewaltsam und in eklatantem Widerspruch zum universellen Charakter der neuen Technologien diesen Sektor der Warenform zwangskompatibel zu machen, helfen nur die juristische Form und nachträglich eingefügte und prekär bleibende Blockadetechnologien. Um Gegenräume zur Marktdiktatur freizukämpfen und die Vorstellung vom Markt als dem idealen Regulativ gründlich zu desavouieren, dürfte sich kaum ein geeigneteres Schlachtfeld finden.

[1] Robert Kurz, „Antiökonomie und Antipolitik“, *Krisis* 19, S. 55.

[2] A. a. O., S. 54.

[3] Auch die geschlechtliche Konnotation, die dem Bild von Keimform und Schoß anhaftet, stellt die reale Entwicklung auf den Kopf. Die Warengesellschaft entschlüpft genauso wenig einem Uterus wie die dem Haupt des Göttervaters entsprungene Pallas Athene der griechischen Mythologie.

[4] Christian Fuchs' Verwirklichung des Kapitalisten Wunschtraums wäre übrigens gleichbedeutend mit dem Ende des Kapitals. Wie soll Kapitalismus weiterexistieren, wenn Kapital sowohl in seiner Form als variables als auch als konstantes entwindet? Man muss schon im Kapitalverhältnis ein unaufhebbares und grundloses Naturverhältnis sehen, um im vermeintlichen Wunschtraum des Einzelkapitalisten nicht den Alptraum des Kapitals als Gesamtverhältnis zu erkennen.

[5] Vgl. zu diesem Problemkomplex Knappheit meinen Beitrag „Zur Dialektik von Mangel und Überfluss“, Krisis 21/22.

[6] Man denke nur an die Kirchpleite und das Schicksal des Pay-TV in Deutschland. Auch der Medienmogul ist daran gescheitert, dass er zu wenig Publikum fand, das angesichts eines Überangebots öffentlich-rechtlicher und privater Free-TV-Sender bereit war, für zusätzliche Programme ins Portemonnaie zu greifen.

[7] In Deutschland sank allein 1999 der CD-Absatz der Branche, also ihr Hauptgeschäft, um 3 Prozent, in anderen europäischen Ländern noch deutlicher. Die Ursache liegt auf der Hand: Mit dem Preisverfall bei Brennern und bei CD-Rohlingen – innerhalb von 5 Jahren fiel er von 20 auf 2 DM – schoss die Zahl der verkauften Recordables in Europa in die Höhe. 1998 waren es schon 450 Millionen in Europa, 1999 wurde bereits die Grenze von einer Milliarde überschritten. Nach den üblichen Schätzungen werden 90 Prozent dieser CDs für Raubkopien ver-

wendet, 10 Prozent für autorisierte Formen von Nutzung. Die für Legalitätsfetischisten erdachten CD-Rohlinge mit Gemma-Gebühr blieben unverkäuflich.

[8] Curse, aus dem Album „Von innen nach außen“, 2001.

[9] Solange das digital rights management nicht entwickelt ist und jeder Downloader wiederum jederzeit beliebig viele Kopien in der Welt verteilen kann, wären die Schleusen für Raubkopien nicht geschlossen, sondern völlig geöffnet.

[10] Man denke etwa an die Erfolgsgeschichte des Buchversandes Amazon.

[11] Das Verbot, geistiges Eigentum beliebig zu kopieren, gab es natürlich schon früher. Solange das universelle Wissen unlösbar mit seinem materiellen Träger verbunden war, konnte sich dieses Verdikt aber nur gegen potentiell konkurrierende kapitalistische Nutzer richten. Die Beziehung des Verkäufers zum Endverbraucher blieb davon unberührt. Das änderte sich erst mit den neuen Informationstechnologien.

[12] Das dürfte nicht nur bei der nicht-autorisierten Nutzung Probleme machen, sondern auch bei der autorisierten. Jede größere Veränderung der Hardware-Konfiguration am eigenen Rechner kann dazu führen, dass das erworbene Programm nicht mehr funktioniert und ein neuerliches Freischalten notwendig wird.

[13] Dieses Vorgehen hat die an Verrücktheiten reiche virtuelle Welt noch um eine

weitere kleine Verrücktheit bereichert. Weil Microsoft beteuert, dass Palladium, die einschlägige Softwareentwicklung, nicht der Unterbindung von Raubkopien dient, hat der amerikanische Krypto-Hacker Lucky Green ein Patent auf diese Nutzung angemeldet. Falls er damit juristisch durchkommt, wären für Microsoft gigantische Lizenzgebühren fällig, sobald die Firma ihre im Wesentlichen eigene Entwicklung ihrem eigentlichen Zweck zuführt. (Siehe www.heise.de)

Dieser Artikel ist ein Diskussionsbeitrag zum Thema Freie Software. Er bezieht sich auch auf die drei Arbeiten, die in den „Streifzügen“ bereits dazu erschienen sind: Christian Fuchs, Die IdiotInnen des Kapitals. „Freie“ Softwareproduktion – Antizipation des Postkapitalismus? in 1/2001; Stefan Meretz, Produktivkraftentwicklung und Aufhebung, in 2/2001; Sabine Nuss / Michael Heinrich: Freie Software und Kapitalismus, in 1/2002.

Ernst Lohoff: Ernst Lohoff ist Publizist und Mitherausgeber der Zeitschrift Krisis – er lebt und wirkt in Nürnberg.

Lizenz dieses Beitrags
LFK
Lizenz Freie Kunst